

Fehlende Konfliktbereitschaft

Das Ergebnis in Niedersachsen wirkt auf den ersten Blick merkwürdig: Der Wahlkampf wurde wie kaum bei einer Landtagswahl zuvor von bundespolitischen Themen bestimmt. Und dennoch schlugen die Streitigkeiten innerhalb der Bundesregierung und die ausgeprägte Unzufriedenheit über ihre Arbeit nicht bis nach Hannover durch, und die Kanzlerpartei SPD avancierte zum klaren Wahlgewinner. Das Rätsel lässt sich allerdings leicht auflösen: Denn schon seit einigen Jahren zeichnet sich ab, dass sich der Charakter von Landtagswahlen verändert. Sie entwickeln sich seit einigen Jahren immer stärker zu Plebisziten über Personen und nehmen dadurch stärker die Züge von Bürgermeisterwahlen an. Und an diesem Punkt war Ministerpräsident Stephan Weil seinem Herausforderer Bernd Althusmann klar überlegen. Die SPD hat dies klug genutzt und hat ihre Kampagne klar auf den Spitzenkandidaten fokussiert. Der hohe politische Wellengang in Berlin und im Rest der Welt diente dabei als Kulis, die den Ministerpräsidenten in seiner Rolle als Krisenmanager noch effektvoller hervortreten ließ: der ruhige Steuermann in der stürmischen See. Olaf auf Leinwand, Großformat.

Stephan Weil bewegte sich dabei stets in Halbdistanz zur SPD-geführten Bundesregierung. Seine Kritik ging nie so weit, dass sie ihm als Illoyalität ausgelegt werden konnte. Stattdessen gab der Niedersachsen den Antreiber und Ratgeber. Der Ministerpräsident stellte eigene Konzepte wie einen „Fifty-fifty-Wärmebonus“ vor, der ihm in Niedersachsen schöne Schlagzeilen brachte, ohne dass die Schwächen (gerin-

Wieso die SPD in Niedersachsen gewann und die CDU verlor.

Von Reinhard Bingener, Hannover

ger Sparanreiz), die Kosten und die fehlende Realisierungschance dieses Modells im Trubel des Wahlkampfs hinreichend analysiert wurde.

Die CDU hatte dem kaum etwas entgegenzusetzen. Eine echte Chance hätte die niedersächsische Union wohl nur dann gehabt, wenn sie im Wind eines mächtigen Bundestrends hätte segeln können. Die 28 Prozent, die von der Bundes-CDU derzeit in Umfragen erreicht werden, sind angesichts der Streitigkeiten innerhalb der Bundesregierung allerdings eine herbe Enttäuschung. Gleiches gilt für die demoskopischen Werte von Friedrich Merz, auf dessen Person die Bevölkerung offenkundig keine großen Erwartungen projiziert.

Die niedersächsische Union hatte nicht das Potential, all dies in Hannover zu kompensieren. Die persönlichen Werte von Spitzenkandidat und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann liegen seit Jahr und Tag deutlich unter denen von Stephan Weil. Die Partei ließ Althusmann dennoch gewähren, obwohl man wusste, dass mit solchen Zahlen heutzutage eine Landtagswahl schwerlich zu gewinnen ist. Auch der Kampagnenfähigkeit der niedersächsischen SPD hatte die CDU wie schon 2017 kaum etwas entgegenzusetzen. Es fehlte ihr auch schlicht an Härte.

Die Union hat es sich in der rot-schwarzen Landesregierung bis zuletzt bequem gemacht, statt gezielte Konflikte mit dem Koalitionspartner zu suchen. Die CDU ließ zudem Gelegenheiten verstreichen, Ministerpräsident Stephan Weil frühzeitig anzugreifen und so die stärkste Waffe der SPD zu treffen. Diese Passivität hatte sicherlich mit dem ausgeprägten vorsichtigen Naturell von Althusmann zu tun, aber auch damit, dass die niedersächsische CDU eine personelle Erneuerung verpasst hat. Die Partei wurde in den vergangenen Jahren von Politikern gesteuert, die noch aus der Ära Wulff/McAllister stammen. Althusmann stammt selbst aus dieser Zeit und wurde 2016 von seinen alten Freunden ganz nach vorne gestellt. Kommunalpolitiker wie Frank Klingebiel hingegen ließ man links liegen, obwohl der Oberbürgermeister von Salzgitter herausragende Wahlergebnisse erzielt und durch seine Arbeit im Städtetag auch landesweit über Ansehen verfügt. Die CDU steht nun vor einem personellen Neuaufbau, bei dem sie sich perspektivisch auch stärker für die kommunale Ebene öffnen sollte.

Die SPD hat das vorgemacht: Mit Stephan Weil und Boris Pistorius gibt es dort zwei Schwergewichte in der Landesregierung, die ihre Statur zuvor als Oberbürgermeister gewonnen haben.

Auch in der künftigen rot-grünen Landesregierung wird die SPD versuchen, mit ihren routinierten Spitzenkräften Weil, Pistorius, Olaf Lies und Daniela Behrens wie gewohnt das Feld zu beherrschen. Die Grünen müssen sich bemühen, dem per se sonnell und in puncto Konfliktbereitschaft etwas entgegenzusetzen. Inhaltlich gibt es zwischen SPD und Grünen allerdings große Schnittmengen. Beide Parteien setzen auf staatliche Investitionsprogramme, deren Vereinbarkeit mit der Schuldenbremse zu einer bestimmenden Frage der Legislaturperiode werden könnte. Offen ist, wie es in der Schulpolitik weitergeht. Der in Niedersachsen erbittert geführte Streit über das richtige Schulsystem ist in der vergangenen Legislaturperiode weitgehend eingeschlagen, auch weil die Sozialdemokraten einsahen, dass sie mit ihren Gesamtschulen in der Bevölkerung kaum punkten. Gemeinsam mit den Grünen könnte man den alten Faden nun wieder aufnehmen, das allerdings böte der CDU viel Angriffsfläche.

Rot-Grün in Hannover wird auch bundespolitische Folgen haben. Die Grünen werden danach trachten, die Autobahnprojekte im Norden mindestens zu verzögern. Auch die Deutsche Bahn wird sich bei ihren Schnellstreckenträumen rund um Hannover ebenfalls auf Verspätungen einstellen müssen. Und eine verstärkte Förderung der hauptsächlich unter niedersächsischem Boden befindlichen deutschen Erdgasvorkommen rückt nun in ganz weite Ferne. Sowohl die Grünen wie auch die SPD sind sich einig darin, dass sie das Fracking von heimischem Erdgas ablehnen, und werden dies von Hannover aus zu verhindern suchen.